

Sonja Schindler

**Für Sie da****Ihre Meinung ist uns wichtig!**

leserbriefe@kleinezeitung.at, Hasnerstraße 2, 9020 Klagenfurt. Bitte geben Sie Adresse und Telefonnummer an. Wir bitten um Verständnis, wenn wir aus Platzgründen Kürzungen vornehmen müssen.

„Kaum ein Platz in Kärnten, der von Investoren verschont wird“

Leserinnen und Leser glauben nicht so recht an die Versprechungen der Kärntner Politik, was den Umwelt- und Landschaftsschutz angeht. Sie meinen, dass wohl auch die Landtagswahl 2023 hier ihren Schatten vorauswirft.

„Kärnten-Schutz: ÖVP will jetzt „Kante zeigen“, 2. 2., Außensicht „Kärnten – das zersiedelte Land“, 3. 2.

Große Ankündigung zum heißen Thema: „Schutz für unsere Almen und Seen“. Die fruchtbaren Ackerböden wurden gleich ausgespart und anscheinend nicht als schützenswert erkannt. Bis heute bleibt kaum ein Platz in Kärnten, der von Investoren verschont wird. Das neue Raumordnungsgesetz, im „Sideletter“ ausverhandelt, verspricht keine Entspannung für unser Land, genau das Gegenteil ist der Fall. „Raumverträglichkeitsprüfungen sind ausschließlich nur mit Einverständnis des Investors möglich“.

Der Stopp eines weiteren Ausverkaufs unserer Natur- und Kulturlandschaft wird uns werbewirksam versprochen. Gelten diese auch nach erfolgten Landtagswahlen? Wie glaubwürdig sind solche Versprechen unserer Volksvertreter denn wirklich? Das demokratische Grundverständnis wird permanent unterwandert. Die Folgen: schwache Wahlbeteiligung und Politikfrust in der Bevölkerung.

Brigitte Nachbar, Velden

Kärntner Zustände

Wenn die Verbetonierung von Agrarflächen, die Verbauung der Landschaft und die Versiegelung des Bodens weiter in diesem Ausmaß voranschreiten, wird es laut Statistik in 200 Jahren in Österreich (in Kärnten sind es 150 Jahre!) keine Flächen für landwirtschaftliche Produktion mehr geben. In den letzten 70 Jahren sind Hunderttausende Hektar an Wiesen und Äckern diesem Wildwuchs zum Opfer gefallen. Dann werden Agrarprodukte aus dem Ausland zu 100 Prozent unseren Speiseplan beherrschen. Bedauerlicherweise denken Provinzpolitiker(innen) nur bis zur nächsten Wahl, Staatspolitiker(innen) würden in Generationen denken.

Mich wundert es, ich bin entsetzt und beschämt, dass die politischen Vertreter in Bund, Ländern, Gemeinden und auch in den Landwirtschaftskammern diese sich abzeichnende Katastrophe nicht als existenzielles Problem für den Bauernstand und den gesamten Staat sehen. Wer vor Problemen die Augen verschließt, dem werden einmal die Augen aufgehen.

Anton Odrei, Klagenfurt

Geradezu naiv

„Wir schützen Kärntens Almen!“ Mit diesem Slogan bewirbt der SPÖ-Klubobmann Anfang Februar in Kärntner Tageszeitungen den Schutz von Kärntens Naturschönheiten. Nachvollziehbar und gut – der Wahlkampf für die Landtagswahl 2023 ist scheinbar eröffnet! Am 3. Februar führte der Kärntner Landtag eine Debatte zum Bau von weiteren Chalet-Dörfern und Windrädern auf unseren Almen und Bergrücken. Eine Kleinstpartei und eine Wirtschaftspartei stehen der Expansion von Windkraftanlagen in Kärnten positiv gegenüber. Nach dem, was die EU in Sachen Atomkraft als zukünftige „grüne Energie“ dieser Tage aufführt, ist die Aussage eines ÖVP-Landtagsabgeordneten, wonach durch den Bau von circa 140 Windrädern in Kärnten, der Bau von weiteren Atomkraftwerken in Europa verhindert werden könne, gerade zu naiv und völlig unverständlich! Österreich und Luxemburg gegen den Rest der EU – wie dieses Match wohl ausgehen wird?

Bernhard Wadl,
Landesobmann Kärntner
Jagdaufseher-Verband)

490 Briefe

Nach Kritik: Jägerschaft schießt zurück“, 5. 2.

Mich und den Verein der freien Jäger haben in den letzten zwei bis drei Jahren 490 Briefe von Kärntner Jägerinnen und Jägern erreicht, die alle die Missstände in der Kärntner Jägerschaft zum Thema haben. Fast alle kritisieren das feudale System in Magerregg, viele bringen auch Veränderung- und Verbesserungsvorschläge. All diese Schreiben sind auch an den zuständigen Landesrat Gruber, verschiedene Landespolitiker, die Obersten der Jägerschaft und die Kontrollinstanzen gegangen. Es gab darauf keine Antworten und schon gar nicht Aktivitäten, um dieses System zu ändern.

Endlich hat sich der Rechnungshof zu einer Prüfung hinreißen lassen und die Bestätigung geliefert, dass vieles in der Jägerschaft im Argen liegt. Wenn hier nicht die Politik massiv eingreift, wird sich in Zukunft gar nichts ändern. Es bleibt nur zu hoffen, dass sich die kleinen, ordentlichen Jägerinnen und Jäger bemerkbar machen, sodass endlich auch die Politik aktiv werden muss.

Adolf Schritteser, Metnitz